Der Zensus 2022 ist in Deutschland eine registergestützte, durch eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis (Haushaltsstichprobe) und eine Vollerhebung an Sonderanschriften ergänzte Bevölkerungszählung, die – mit einer Gebäude- und Wohnungszählung kombiniert – zum Stichtag 15. Mai 2022 stattfand. Dabei wurden bereits vorhandene Registerdaten verwendet und mit den Ergebnissen unterschiedlicher Befragungen ergänzt.

Ziel des Zensus ist gem. § 1 Abs. 3 Nr. 2 Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2022 (ZensG 2022)³ u. a. die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Einwohnerzahl einer Gemeinde ist dabei nach § 2 Abs. 1 ZensG 2022 die Gesamtzahl der Personen, die ihren üblichen Aufenthaltsort in der Gemeinde haben. Der übliche Aufenthaltsort einer Person ist gemäß § 1 Abs. 2 ZensG 2022 der Ort, an dem sie nach den melderechtlichen Vorschriften mit nur einer alleinigen Wohnung oder mit ihrer Hauptwohnung gemeldet sein sollte.

Das Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2022 (ZensVorbG 2022)⁴ regelt die organisatorische Vorbereitung und den Aufbau des registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung. Es bildet die rechtliche Grundlage für den Aufbau eines anschriftenbezogenen Steuerungsregisters.

Die Durchführung des Zensus 2022 wurde mit dem Zensusgesetz angeordnet. Das Gesetz bestimmt u. a. den Berichtszeitpunkt, definiert Zweck und Umfang der Erhebungen im Zensus, regelt die Erhebungs- und Hilfsmerkmale und trifft die Ausführungsbestimmungen zur Auskunftspflicht, Zusammenführung, Löschung und Aufbewahrung der Daten. Des Weiteren bildet es die Rechtsgrundlage für die Einrichtung von weiteren Erhebungsstellen, denen Aufgaben im Zuge der Durchführung von Erhebungen übertragen werden konnten (§ 19 ZensG 2022).

Für das Land Niedersachsen schafft das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2022 die erforderlichen organisations- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen für die Durchführung des Zensus 2022. Nach § 2 Abs. 1 S. 1 Nds. AG ZensG 2022 oblag die örtliche Durchführung des Zensus 2022 den Gemeinden mit mindestens 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern oder im Übrigen den Landkreisen, die zur Erfüllung dieser Aufgabe im erforderlichen Umfang Erhebungsstellen im Sinne des § 19 ZensG 2022 (örtliche Erhebungsstellen) einrichten mussten.

II.

Grundlage für die Vorbereitung und Durchführung des Zensus 2022 war ein vom Statistischen Bundesamt unter Mitwirkung der statistischen Ämter der Länder erstelltes anschriftenbezogenes Steuerungsregister, worin alle Anschriften von Gebäuden mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften gekennzeichnet wurden und damit zensus- und stichprobenrelevant waren.

³ Gesetz zur Durchführung des Zensus im Jahr 2022 in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 2019 (BGBl. S. 1851), das zuletzt durch Art. 2 G zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änd. des AufenthaltsG vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2675) geändert worden ist.

⁴ Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2022 in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. März 2017 (BGBl. I S. 388), das zuletzt durch Art. 1 G zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änd. des AufenthaltsG vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2675) geändert worden ist.

Für den Aufbau des Steuerungsregisters wurden die Daten der Vermessungs- und Meldebehörden gemäß §§ 8 und 9 ZensVorbG 2022 verwendet. Die zentrale Einheit im Zensus 2022 war die Anschrift, über die die Zusammenführungen der Datenbestände erfolgte.

Das Verfahren zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl gestaltete sich im Wesentlichen wie folgt:

Ausgangspunkt der Ermittlung waren die übermittelten Personendatensätze der Meldebehörden zum Stichtag 15. Mai 2022 gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 ZensG 2022 (siehe Anlage „Datenblatt“, Position 1). Für jede Anschrift einer Person wurde ein eigener Datensatz erstellt (siehe Anlage „Datenblatt“, Position 2). Lagen für eine Person innerhalb einer Gemeinde sowohl ein Haupt- und ein Nebenwohnsitz vor, waren auch zwei Datensätze vorhanden.

Da für die amtliche Einwohnerzahlermittlung lediglich Personen mit Haupt- und alleinigen Wohnsitz zählungsrelevant sind (vgl. § 2 Abs. 2 ZensG 2022), wurden u. a. Personen mit Nebenwohnsitz nicht weiter berücksichtigt und abgezogen (siehe Anlage „Datenblatt“, Position 4a).

Um zählungsrelevante Veränderungen (Fort- und Zuzüge, Geburten und Sterbefälle sowie Änderungen des Wohnsitzes), die erst nach dem Zensusstichtag den Meldebehörden gemeldet und verarbeitet wurden, aber zum Zensusstichtag bereits relevant waren, abzubilden, erfolgte in einem nächsten Schritt ein Abgleich mit den übermittelten Meldedaten vom 14. August 2022 (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 4 ZensG 2022). Dazu gehören z. B. Sterbefälle oder Geburten, die sich kurz vor dem Stichtag ereignet haben, jedoch erst danach gemeldet wurden. Im Rahmen dieser Konsolidierung wurden stichtagsrelevante Ereignisse abgezogen und hinzugezählt (siehe Anlage „Datenblatt“, Positionen 6 und 7).

Ausgehend von diesem konsolidierten Personenbestand (siehe Anlage „Datenblatt“, Position 8) wurden die nachfolgend dargestellten ergänzenden Korrekturmaßnahmen durchgeführt. Diese Korrektur fand ausschließlich im abgeschotteten Bereich der amtlichen Statistik statt. Angaben aus den Erhebungen flossen nicht in die Verwaltung zurück.

Im ersten Korrekturschritt – der Mehrfachfallprüfung – hat das Statistische Bundesamt anhand der übermittelten Daten der Meldebehörde geprüft, ob Personen bundesweit mehrfach mit alleiniger Wohnung und/oder Hauptwohnung oder nur mit Nebenwohnsitz(en) enthalten sind (vgl. § 21 Abs. 1 ZensG 2022). Ermittelte Mehrfachfälle wurden anhand des jeweiligen Einzugsdatums der betroffenen Personen, maschinell bereinigt. Dabei erhielt der Meldefall mit dem aktuellsten Einzugsdatum der Person den Status Hauptwohnung. Im Ergebnis der Mehrfachfallprüfung lag für eine Person genau ein alleiniger Wohnsitz bzw. ein Hauptwohnsitz vor. Etwaige Übererfassungen wurden dem konsolidierten Personenbestand abgezogen (siehe Anlage „Datenblatt“, Positionen 9 und 10).

Die Erhebungsergebnisse der Vollerhebung an Anschriften mit Sonderbereichen i. S. d. § 14 ZensG 2022 wurden im zweiten Korrekturschritt berücksichtigt. Durch einen Abgleich mit dem Personenbestand wurden Über- und Untererfassungen festgestellt und abgezogen bzw. hinzugerechnet (siehe Anlage „Datenblatt“, Positionen 11 und 12). An Anschriften mit Sonderbereichen wurde unmittelbar erhoben, welche Personen dort wohnhaft sind. Da eine

Unterbringung an einer Sonderanschrift aber nicht bedeutet, dass eine Person keinen weiteren Wohnsitz hat, schloss sich an die Erhebung noch eine Mehrfachfallprüfung gemäß § 21 Abs. 3 ZensG 2022 an. Dabei wurde überprüft, ob die Person noch an einer anderen Anschrift in Deutschland gemeldet ist.

Im letzten Korrekturschritt erfolgte schließlich der Abgleich der Ergebnisse aus der Haushaltsstichprobe mit dem mehrfachfallgeprüften Personenbestand (vgl. § 11 Abs. 1 ZensG 2022).

Die Erhebung im Rahmen der Haushaltsstichprobe verfolgte zwei Ziele. Einerseits diente die Erhebung der Ermittlung der Einwohnerzahl, durch Feststellung und statistischer Korrektur von Über- und Untererfassungen der Melderegister (Korrekturstichprobe) (vgl. § 11 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ZensG 2022). Andererseits diente die Haushaltsstichprobe der Erhebung von Zensusangaben, die bisher nicht aus Verwaltungsregistern gewonnen werden können (vgl. § 11 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 ZensG 2022).

Bei der Haushaltsstichprobe handelte es sich im Vergleich zur Vollerhebung der Anschriften mit Sonderbereichen um eine Stichprobe, sodass nicht die gesamte Bevölkerung befragt, sondern Anschriften nach einem mathematisch-statistischen Verfahren vom Statistischen Bundesamt aus dem Steuerungsregister ausgewählt wurden (vgl. § 12 Abs. 2 ZensG 2022). Bei der Stichprobenziehung wurde ein spezielles statistisches Verfahren angewandt, die sogenannte Schichtung. Dafür erfolgte in einem ersten Schritt die Einteilung von ganz Deutschland in Erhebungsgebiete, wobei in der Regel eine Gemeinde einem Erhebungsgebiet entspricht. In Niedersachsen gelten nach § 11 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 ZensG 2022 neben den übrigen kreisangehörigen Gemeinden auch Samtgemeinden für ihre Mitgliedsgemeinden als Gemeinden. Damit stellte jede Samtgemeinde in Niedersachsen ein Erhebungsgebiet dar. Als zweites Schichtungsmerkmal diente die Anschriftengröße, d. h. die Zahl der an den Anschriften gemeldeten Personen. Die Anschriften wurden aufsteigend nach der Anzahl der gemeldeten Personenzahl sortiert und Schichten zugeordnet. Jeder Schicht sollte möglichst die gleiche Anzahl an gemeldeten Personen zugeteilt werden. Aus den Anschriftenschichten wurden dann zufällig Anschriften für die Haushaltsstichprobe ausgewählt. Die gebildeten Anschriftengrößenklassen haben unterschiedliche Auswahlätze, die von der Gebäudegrößenstruktur der Gemeinde abhängen.

Die an den ausgewählten Anschriften wohnhaften Personen waren zur Auskunft verpflichtet (vgl. § 25 ZensG 2022). Personen, für die im Rahmen der Befragung keine Existenz festgestellt werden konnte, aber ein Melderegistereintrag an der Anschrift vorlag, sind als Übererfassungen definiert. Umgekehrt, gelten Personen als Untererfassung, wenn eine Existenzfeststellung erfolgte, aber kein Eintrag in den Meldedaten an der Anschrift vorlag.

Durch die anschließende Hochrechnung konnten dann die Über- und Untererfassungen für jedes Erhebungsgebiet festgestellt und dem konsolidierten Personenbestand abgezogen oder hinzugezählt werden (siehe Anlage „Datenblatt“, Positionen 13 und 14).

Bei Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden wird das hochgerechnete Ergebnis des Erhebungsgebietes (= Samtgemeinde) zusätzlich in einem mehrstufigen Verfahren auf die Mitgliedsgemeinden aufgeteilt. Dieses Verfahren nutzt neben den Ergebnissen der Samtgemeinde auch die Erhebungsergebnisse der Mitgliedsgemeinde und Daten des Melderegisters.

Die Ergebnisse aus den drei Korrekturschritten (Mehrfachfallprüfung, Vollerhebung an Sonderanschriften, Hochrechnung der Haushaltsstichprobe) ergeben in Kombination die neu ermittelte amtliche Einwohnerzahl zum Zensusstichtag 15. Mai 2022 (siehe Anlage „Datenblatt“, Position 16). Darunter sind auch einwohnerzahlrelevante Personen enthalten, deren Daten nicht vollständig erhoben und verarbeitet werden konnten, aber bei der Einwohnerzahl berücksichtigt wurden (siehe Anlage „Datenblatt, Position 15).

III.

Die Ergebnisse der einzelnen Schritte der Ermittlung der Einwohnerzahl können dem beiliegendem Datenblatt entnommen werden und dienen der besseren Nachvollziehbarkeit.

Das Datenblatt besteht aus zwei Tabellen, der Übersichts- und der Schichttabelle.

In der Übersichtstabelle sind die einzelnen Schritte der Einwohnerzahlermittlung durch die Aufbereitung der Melderegisterdaten und der durchgeführten Korrekturmaßnahmen dargestellt.

Ziel der Schichttabelle ist, ein besseres Verständnis der Haushaltsstichprobe zu ermöglichen. Es werden die Ergebnisse der Erhebung und deren Hochrechnung auf Basis der jeweiligen Erhebungsgebiete dargestellt. Für alle Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde ist die Schichttabelle identisch. Bei Gemeinden mit 400.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohner liegt für jeden zensuspezifischen Stadtteil eine separate Schichttabelle vor.

Die Werte in der Schichttabelle beziehen sich auf den Gebietsstand zum 31. Dezember 2020. Gebietsstandsänderungen nach diesem Datum können in der Schichttabelle nicht abgebildet werden. In der Übersichtstabelle und bei der amtlichen Einwohnerzahl wird der Gebietsstand zum Zensusstichtag zu Grunde gelegt. Für Gemeinden, die sich beispielsweise nach genanntem Datum zusammengeschlossen haben, liegt eine Übersichtstabelle nach Gebietsstand zum Stichtag 15. Mai 2022 vor, aber zwei oder mehr Schichttabellen nach Gebietsstand zum 31. Dezember 2020.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Das Schreiben ist elektronisch erstellt
und daher nicht unterschrieben.

Loth

Anlage

Datenblatt zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl